

**liberal central**  
**mitgliederzeitschrift des fdp-bezirksverbandes**  
**berlin-mitte**  
**ausgabe mai 2010**



**Herausgeber, V.i.S.d.P**  
Dr. Maren Jasper-Winter  
Vorsitzende des FDP-Be-  
zirksverbandes Berlin-Mitte  
Schlegelstr. 24  
10115 Berlin  
[liberalcentral@fdp-mitte.de](mailto:liberalcentral@fdp-mitte.de)

**Distribution**

700 Stück digital (.pdf)  
200 Stück Print

**Chefredakteur**

Nils Augustin  
[augustin@liberal-central.de](mailto:augustin@liberal-central.de)

**Redakteure/Autoren**

Nils Augustin, Claudia  
Bandow, Anno Blissen-  
bach, Ingo Kamps, Kurt M.  
Lehner, Justus Leonhard,  
Katja v. Maur, Peter Paw-  
lowski, Christian Platzer,  
Frauke Sander, Henner  
Schmidt, Tim Stuchtey

**Autoren dieser Ausgabe**

Björn Jotzo, Thilo Maluch,  
Katharina Peter, Patricia  
Steinmann

**Leserbriefe**

Sebastian Ahlefeld

**FDP in Mitte im Internet**

[fdp-berlin-mitte.de](http://fdp-berlin-mitte.de)  
[fdp-fraktion-mitte.de](http://fdp-fraktion-mitte.de)  
[liberal-central.de](http://liberal-central.de)  
[fdp-gendarmenmarkt.de](http://fdp-gendarmenmarkt.de)  
[fdp-hackescher-markt.de](http://fdp-hackescher-markt.de)  
[fdp-ot.de](http://fdp-ot.de)  
[fdp-tiergarten.de](http://fdp-tiergarten.de)  
[fdp-wedding.de](http://fdp-wedding.de)

**Bankverbindung**

FDP Mitte  
Konto 653 386 104  
Postbank Berlin  
BLZ 100 100 10

Textbeiträge mit Namens-  
zeichen geben die Meinung  
nur ihres Autors wieder,  
nicht die der Redaktion.

**liberal central**  
**mitgliederzeitschrift des fdp-bezirksverbandes**  
**berlin-mitte**  
**ausgabe mai 2010**

[www.liberal-central.de](http://www.liberal-central.de)

Liebe Parteifreundinnen und Parteifreunde in Berlin-Mitte,

eine Zeit der Weichenstellung ist angebrochen. Auf der Ebene der globalen Politik etwa bereitet das herrschende Regime im Iran unverdrossen seinen nuklearen Showdown im Nahen Osten vor, und vielen Staaten sind Profite im Handel mit der „Armee der Wächter der islamischen Revolution“ noch immer wichtiger als die Verhinderung dieses apokalyptischen Szenarios.

Wenn die Welt Herrn Ahmedinejad überlebt, dann werden wir uns mit unserem Euro beschäftigen müssen. Dem geht es nicht gut. Zur vermeintlichen Abwehr von „Spekulanten“ (wie Ertappte das wache Auge der Märkte pejorativ nennen) haben die Regierungen der Euro-Staaten im Handstreich die Marktmechanismen außer Kraft gesetzt und über die EZB einen Scheck für Staatsschulden ohne Grenzen ausgestellt. Die Tatsache, dass Griechenland seine Schulden ohne den Verkauf von Vermögenswerten (wie etwa Inseln) nicht zurückzahlen können, ist zum Tabu erklärt. Binnen einer Woche wurde die bekannte Geschäftsgrundlage der gemeinsamen europäischen Währung beseitigt.

Möglich wurde dies auch deshalb, weil sich für die FDP-Fraktion im Deutschen Bundestag weiter die Kafkaeske Situation ergibt, dass sie über einen Koalitionsvertrag mit all den richtigen und wichtigen Schritten für Deutschland verfügt, aber ihr Partner unwillig zum politischen Handeln erscheint.

Vor diesen Hintergründen gilt es noch zu notieren, dass die Wählerinnen und Wähler in Nordrhein-Westfalen leider nicht die Fortsetzung der schwarz-gelben Landesregierung gewollt haben, wie wir uns das gewünscht hätten. Oder dass in unserem Berlin das ausufernde links-hedonistische Gewaltmilieu unter allen Parteien nur noch von der FDP überhaupt als lösungsbedürftiges Problem angesehen wird. Es gibt wahrlich viel zu tun.

Mit liberalen Grüßen, Nils Augustin

Es gibt eine 'no bail out rule'. Das heißt, wenn sich ein Land durch eigenes Verhalten hohe Defizite zulegt, dann ist weder die Gemeinschaft noch ein Mitgliedstaat verpflichtet, diesem Land zu helfen.

Horst Köhler (1992)

## Lagebericht der Vorsitzenden

# Nach der Landtagswahl in Nordrhein-Westfalen

von Maren Jasper-Winter

Der Ausgang der Wahlen in Nordrhein-Westfalen, dem bevölkerungsstärksten Bundesland, wurde mit Spannung erwartet. Die FDP kann eigentlich aufatmen: Mit 6,7 % haben sich die Liberalen um 0,6 % verbessert. An der FDP liegt es somit nicht, dass die schwarz-gelbe Koalition in NRW nicht weitergeführt werden kann, sondern am Absturz der CDU um 10 Prozentpunkte auf 34,6 %. Das Ergebnis stimmt uns jedoch nicht gerade fröhlich, denn die Koalition mit der CDU kann nicht fortgeführt werden. Die Absage der NRW-FDP an eine Ampelkoalition ist richtig, insbesondere nach dem zeitgleichen Gesprächsangebot der SPD an die Linken.



Tragisch ist, dass jetzt die Mehrheit im Bundesrat verloren ist. Nach nur sieben Monaten schwarz-gelber Regierung auf Bundesebene kann jetzt der Bundesrat bei einer Vielzahl von Gesetzen, die die Belange der Länder berühren, blockieren. Schneller schaffte dies nur die rot-grüne Regierung Schröder, die bereits vier Monate nach ihrem Antritt durch die Wahl in Hessen 1999 ohne Mehrheit im Bundesrat dandand.

Die Föderalismusreform von 2006 hätte die Zuständigkeiten von Bund und Ländern deutlicher trennen müssen. Dies geht aus Zahlen des Bundesrates hervor, die die Länderkammer für die Süddeutsche Zeitung erstellt hat. Demnach waren seit dem Start der Reform am 1. September 2006 etwa 41 Prozent aller Gesetze im Bundesrat zustimmungspflichtig; seit Bildung der schwarz-gelben Bundesregierung musste die Länderkammer sogar in mehr als 53 Prozent der Fälle einverstanden sein, damit das jeweilige Gesetz in Kraft treten konnte. Ziel der Reform sollte es eigentlich sein, auf 35 bis maximal 40 Prozent an zustimmungspflichtigen Gesetzen zu kommen. Vor der Reform wurde sogar eine Senkung auf 20 bis 25 Prozent gefordert.

In Nordrhein-Westfalen hat Hannelore Kraft schon jetzt angekündigt, sich gegen die Gesundheits- und Steuerreform von schwarz-gelb zu

stellen. Die Situation für die FDP ist damit äußerst schwierig. Wir sind fest davon überzeugt, dass Philipp Röslers Gesundheitsreform dringend notwendig ist. Sie kann einer Explosion der Kosten im Gesundheitssystem entgegen wirken und ist zudem sozial gerechter, da wohlhabende Bürgerinnen und Bürger über Steuern die Gesundheitsversorgung derjenigen, die es sich nicht leisten können, mitfinanzieren. Zudem wird der Faktor Arbeit von steigenden Kosten der Gesundheitsversorgung entlastet.

Auch die Steuerreform - am dringlichsten eine Vereinfachung des Systems - ist bitter notwendig. Das bekommen wir alle Ende diesen Monats zu spüren, wenn wir unsere Steuererklärung abgeben müssen. Sollen diese Projekte nun an der fehlenden Mehrheit im Bundesrat scheitern?

Nach all den Bemühungen, die wir im Wahlkampf für diese Punkte aufgebracht haben und auch nach dem klaren Votum der Bürgerinnen und Bürger bei der Bundestagswahl für ein schwarz-gelbes Projekt wäre dies eine herbe Enttäuschung. Aus diesen Gründen muss die Regierung auf die „neutralen“ Bündländer mit großen Koalitionen oder schwarz-grünen Regierungen zugehen und ggf. Kompromisse machen.

Neuen Schwung gibt uns bei all den Schwierigkeiten die Wahl des neuen Generalsekretärs Christian Lindner auf dem vergangenen Bundesparteitag Ende April. Nicht nur sein rhetorisches Geschick konnte er erneut glänzend unter Beweis stellen, er fährt auch einen programmatischen Kurs, den die FDP als Ganzes einschlagen sollte: Eine noch klarere Positionierung in den Feldern Sozialpolitik, Bürgerrechte und Datenschutz.

Die Wahlwerbekampagnen der FDP waren in der Vergangenheit zu sehr auf Wirtschafts- und Steuerthemen ausgerichtet, und auch auf den Spitzenkandidaten Westerwelle. Wir brauchen eine Auflockerung unseres Images an dieser Stelle, nicht zuletzt um auch mehr Frauen für die FDP zu gewinnen. Sie wählen immer noch im Verhältnis zu den Männern unterproportional die FDP.

In Berlin hat Christoph Meyer auf dem letzten Landesausschuss angekündigt, sich dieses Themas anzunehmen und Lösungen zu finden.

---

*Dr. Maren Jasper-Winter (OV OT) ist Vorsitzende des FDP-Bezirksverbandes Mitte*

Kommentar aus Mitte

## Zur gesellschaftlichen Auseinandersetzung mit dem Islamismus

von *Justus Leonhardt*

Die gesellschaftliche Auseinandersetzung mit dem Thema „Islamismus“ ist selten frei von Emotionen und Vorurteilen. Häufig wird das Wort verwendet, ohne dass die beteiligten Personen sich tatsächlich mit diesem vielschichtigen Phänomen umfassend auseinandergesetzt haben.

Dabei ist eine kritische und ausgewogene Beschäftigung mit diesem Komplex von Relevanz für das Miteinander mit unseren islamischen Mitbürgern. Viele von ihnen fühlen sich insbesondere aufgrund ihres Glaubens nicht selten diskriminiert und stigmatisiert.

Nicht zuletzt seit dem 11. September 2001 haben die negativen Assoziationen vieler Menschen beim Wort „Islam“ zugenommen. Wissenschaftler sprechen von einem „Misstrauensdiskurs“. Einerseits werden unsere vielen islamischen Mitbürger wahrgenommen. Andererseits herrscht eine erhöhte Achtsamkeit gegenüber internationalem Extremismus islamischer Prägung.

Dies ruft nicht selten ein diffuses Gefühl der Bedrohung hervor. Auch entsteht leider viel zu häufig der Eindruck, es gäbe kulturell und religiös unvereinbare Gegensätze. Die Darstellung des Islam in den Medien spielt hier sicher eine gewichtige Rolle. Nicht selten werden Begriffe unvorsichtig verwendet. Die Trennlinien zwischen Islam, Islamismus, Fundamentalismus, Extremismus und Terrorismus werden zunehmend verwischt.

Ein Miteinander in Respekt und Toleranz wird in erster Linie durch Aufklärung erreicht. Um dazu einen Beitrag zu leisten, luden die Jungen Liberalen Berlin-Mitte unter der Schirmherrschaft von Mieke Senftleben MdB jüngst zur Tagung „Islamismus und seine Kontexte“ ins Berliner Abgeordnetenhaus ein. Referenten aus Wissenschaft, Journalismus und Politik halfen den Teilnehmern, sich den Hintergründen der gesellschaftlichen Debatte zum Thema Islamismus zu nähern.



Um eine aufgeklärte Debatte führen zu können, müssen zu aller erst notwendige Differenzierungen vorgenommen werden. Dies bedeutet, wie auch der Vortrag von Dr. Olaf Farschid von der Senatsverwaltung für Inneres zeigte, die vermeintlich so eng miteinander verknüpften Begriffe „Islam“ und „Islamismus“ sorgfältig voneinander zu trennen. Während der Islam als Religion auf eine Jahrhunderte alte Geschichte zurückblickt, ist der Islamismus eine verhältnismäßig junge politische Ideologie.

Islamisten versuchen, den Islam zu „ideologisieren“ und ein als islamisch deklariertes Herrschaftssystem zu errichten. Islamismus ist eine politische Erscheinung, die sich mit Hilfe religiöser Kategorien artikuliert.

Die Genese des Islamismus unterlag zahlreichen Einflüssen. Anhand des Lebensweges des Publizisten

Ali Schariati, so die Referentin Astrid Böttcher, lassen sich Überschneidungen zwischen Islamismus und Marxismus skizzieren. Die Vita des Denkers Sayyid Maududi zeigt, dass Islamismus keineswegs grundsätzlich gewaltbereit ist. Der Schutz von Nichtmuslimen in einem islamischen Staat ist Teil seiner Ideologie.

Insofern besteht die Notwendigkeit, weiterführend zwischen Islamismus und islamistischem Terrorismus zu unterscheiden.

Grundsätzlich ist Islamismus als ein äußerst vielschichtiges Phänomen zu bezeichnen. Er ist kein monolithischer Block, sondern gekennzeichnet von unzähligen unterschiedlichen, teils konkurrierenden Strömungen. Grob kann differenziert werden zwischen dem klassischen Islamismus und dem Jihadismus.

Der klassische Islamismus beschreibt die Utopie der Errichtung einer islamischen Ordnung. Jihadismus indes bezeichnet eine neue Form des Islamismus. Er strebt nicht die islamische Ordnung, sondern eine vermeintliche Verwirklichung des Islam an. Der Jihadismus bedient sich dabei der militanten Variante des Jihad, der in diesem Zusammenhang als Kampf im Sinne kriegerischer Auseinandersetzung zu definieren ist.

---

*Justus Leonhardt (OVOT) ist Vorsitzender des Bezirksverbandes Mitte der Jungen Liberalen*

Gastkommentar

## Nazi-Demos, Politiker-Blockaden und zerschnittene Tischtücher

von Björn Jotzo

Selten hat eine Debatte zum 1. Mai im Berliner Parlament für so viel Wirbel gesorgt wie in diesem Jahr, als die FDP-Fraktion Grüne und SPD scharf kritisierte. Anlass war eine Sitzblockade von Bundestagsvizepräsident Thierse, dem innenpolitischen Sprecher der Grünen im Berliner Abgeordnetenhaus und 15 anderen Politikern, die sie unter Gebrauch ihrer Abgeordnetenprivilegien im geräumten Sicherheitsbereich einer rechtsextremistischen Demonstration veranstaltet hatten. Meine Kernaussage, dass die Versammlungsfreiheit auch für andere Denkende gelte, sorgte für tumultartige Zustände. Die Grünen sehen das Tischtuch zwischen FDP und sich „zerschnitten“.

Mangels Taten gegen Extremismus tun sich Grüne, Linke und Sozialdemokraten gern mit markigen Worten und Ersatzgesten hervor – besonders dann, wenn Rechtsextremisten (im Linkenjargon: „Nazis“) demonstrieren wollen.

Gegen solche „Nazis“ muss „man“ nicht nur demonstrieren, sondern „jeder Aufrechte“ muss sie auch „blockieren“, das heißt: friedlich oder gewaltsam am Demonstrieren hindern. So kam auch am 1. Mai. Eine Gruppe von 650 Rechtsextremisten bewegte sich angemeldet durch Berlin, vor ihnen die Polizei, rechts und links in Nebenstraßen, auf den Dächern und Balkonen Gegendemonstranten, zwischen Polizei und Demonstranten die parlamentarischen Beobachter, unter anderem Herr Thierse und ich. Nach etwa 300 Metern setzten sich Herr Thierse und 15 andere Politiker von SPD und Grünen im Sicherheitsbereich im Blitzlichtgewitter hin. Der Zug kam für 20 Minuten zum Stehen. Thierse erklärte: „Die Bürger haben das gute Recht, ihre Straße gegen Missbrauch zu verteidigen.“

Eine Aussage eines Vertreters des Präsidenten unseres Bundestages, die hellhörig macht. Welcher „Missbrauch“ ist hier gemeint? Das friedliche Demonstrieren? Welches „Recht“ soll hier jemandem erwachsen, der „seine“ Straße gegen die Grundrechtsausübung anderer Bürger nicht

mit legalen Gegendemonstrationen, sondern mit rechtswidrigen Blockaden „verteidigen“ soll?

Es ist ein merkwürdiges Verfassungsverständnis, das hier offenbar wird. Weiß Herr Thierse, wissen die Grünen nicht, wohin es führt, wenn ein Rechtsstaat und seine Vertreter sich verleiten lassen, andere Bürger entgegen unserer Verfassung an der Ausübung ihrer Grundrechte zu hindern?



Die Grünen berufen sich gern darauf, eine solche Blockade solle den „Rechtsstaat schützen“. Das ist blanke Unsinn: In unserer wehrhaften Demokratie muss niemand „Nazis“ blockieren, um die Republik zu retten. Unser Rechtsstaat bietet genügend Raum für eine friedliche, rechtskonforme und erfolgreiche Bekämpfung aller Arten von Extremismus. Es ist gerade eine entscheidende

Stärke unserer Demokratie, dass selbst falsche und abwegige Meinungen geäußert und im Rahmen von Demonstrationen und Gegendemonstrationen friedlich zum Ausdruck gebracht werden können.

Vielfach gab es Zeiten in Deutschland, als Staat und dessen Vertreter sich anmaßen, über Meinungen und Demonstrationen willkürlich zu befinden und sie bei Nichtgefallen gewaltsam zu stören. Zu diesen Zeiten dürfen wir nicht zurückkehren. Der Rechtsstaat muss die Grundrechtsausübung aller Menschen im Rahmen der Gesetze ungeachtet deren politischer Überzeugung gewährleisten und Angriffe darauf abwehren.

Wir Demokraten dürfen nicht der Versuchung erliegen, uns selbst in das Unrecht zu setzen, das wir eigentlich bekämpfen wollen.

So behält der vieldiskutierte Satz aus meiner Rede Gültigkeit: Wer nicht anerkennt, dass Freiheit auch die Freiheit des anders Denkenden ist, der sollte gegebenenfalls prüfen, ob er nicht auf der anderen Demo – nämlich derer, die diesen Grundsatz beseitigen wollen – hätte mitmarschieren müssen. Dass Grüne, SPD und Linke sich über diese Aussage ernsthaft erregen, sollte ihnen und allen rechtsstaatlich denkenden Wählern zu denken geben.

---

*Björn Jotzo MdB (Charlottenburg-Wilmersdorf),  
Vorsitzender des OV Wilmersdorf, innenpolitischer  
Sprecher und parlamentarischer Geschäftsführer  
der FDP-Fraktion im AGH*

## Zum Thema

# Wer nicht reformiert wird abgewählt

von *Thilo Maluch*

Die Landtagswahl in NRW war keine Antwort des nordrhein-westfälischen Wählers auf nordrhein-westfälischen Fragen. Auch wenn die FDP einen Sitz hinzugewonnen hat, kann nicht verleugnet werden, dass sich im Wahlergebnis die Unzufriedenheit der Wähler mit der Arbeit der Koalition in Berlin ausdrückt. Im Herbst 2009 haben bei der Bundestagswahl in NRW 14,9% FDP gewählt – nur noch 6,7% taten das bei der Landtagswahl.



Es zeigt sich, dass eine Regierung, die keine konsequente Reformpolitik betreibt, konsequent abgewählt wird. Nachdem die Kanzlerin Steuerenkungen nun ausdrücklich ausgeschlossen hat, ist ein wichtiges FDP-Projekt vorerst gescheitert. Dieses Scheitern bietet der FDP aber die Chance, das medial-verengte und falsche Image einer reinen Steuerenkungspartei abzulegen. Neben der Gesundheitspolitik, den Bürgerrechten und einer Vereinfachung des absurden Steuersystems müssen wir uns in Zukunft vor allem für strikte Haushaltskonsolidierung einsetzen.

Angesichts der beklagenswerten Lage der öffentlichen Haushalte und steigender Schulden wird man sich nicht dauerhaft vor signifikanten Kürzungen bei den öffentlichen Ausgaben drücken können. Die FDP sollte sich dabei nicht länger durch Wahltaktik oder einen trägen Koalitionspartner in ihrem Reformeifer bremsen lassen. Die „harten Einschnitte“ sind oft genug angekündigt worden, jetzt – nach NRW-Wahl, erfolgter Steuerschätzung und mit dem Rückenwind der griechischen Schuldenkrise – ist es an der Zeit, Ross und Reiter zu nennen und endlich mit dem versprochenen Sparen anzufangen.

Wenn wir auch über 2013 hinaus politische Verantwortung im Bund tragen wollen, müssen bis 2013 Ergebnisse unserer Politik spürbar werden. Nur dann wird es uns gelingen, das Vertrauen derjenigen zurückzugewinnen, die ungeduldig auf echte Veränderungen warten und am NRW-Wahlsonntag enttäuscht zuhause geblieben sind.

---

*Thilo Maluch (OV Hackescher Markt)*

## Zum Thema

# Bildungsmisere

von *Patricia Steinmann*

Wer kann, macht sich davon: die Junglehrer mit 2. Staatsexamen gehen nach Hamburg oder Baden-Württemberg, wo sie mehr verdienen und verbeamtet werden, die Gymnasiasten in den Randbezirken gehen an die besseren Schulen in Brandenburg und die Ledernacken unter den Lehrern gehen mit 65 Jahren in die Pension. Der Rest muss bleiben: Nach der Abschaffung der Vorklassen und der Zwangskollektivierung der Grundschulklassen 1-3 werden ab August die Haupt-, Realschulen und Gesamtschulen zu Sekundarschulen zusammengelegt. Dann soll zusammenwachsen, was nicht zusammenpasst und nicht zusammenkommen will. Und 2011 stellen die Gymnasien ihre Lostrommeln auf, um ein Drittel ihrer Schülerschaft auszulösen.



Warum glaubt der rote Senat unerschütterlich an die Politik des Nebeneinandersetzens? Wird aus einem Hauptschüler, den man neben einen Gymnasiasten setzt, ein Schüler mit Bildungswillen, Sprachkompetenz und Ausdauer? Wird denn auch aus einem Menschen, den man zu Herrn Zöllner in seine Amtsstube setzt, ein Bildungssenator? Was kann die FDP tun? Als Bürgerpartei kann sie diejenigen stärken, auf die es in der Bildungspolitik ankommt: die Eltern und die Lehrer.

Die Lehrer wollen, dass die jungen Kollegen anständig bezahlt werden. Sie wollen, dass Lehrerzimmer und Klassenräume mit moderner Technik ausgestattet sind. Sie wollen gelegentlich eine gute Fortbildung machen. Sie wollen professionelle Schulleiter und Unterstützung durch Sozialpädagogen und Psychologen. Die Eltern wollen selbst entscheiden, was für ihre Kinder das Beste ist. Sie wissen es besser als der Zufall oder der rot-rote Senat. Sie wollen ordentliche, seriös finanzierte und professionell geführte Schulen. Sie wollen nicht, dass ihre Kinder als kostenlose Integrationsmacher und Nachhilfelehrer für andere Kinder benutzt werden.

Die Gesellschaft muss die stärken und unterstützen, die Bildung machen: Eltern und Lehrer. Der Mensch – und nicht die Ideologie – muss im Mittelpunkt stehen.

---

*Patricia Steinmann (OV Tiergarten)*

## Aus dem Abgeordnetenhaus

# 1. Mai, Linke Gewalt, Wahlrecht, Green IT

von *Henner Schmidt*

Björn Jotzo hat für die FDP-Fraktion im AGH kritisiert, dass einzelne Abgeordnete von Grünen und Linken bei der Gegendemonstration gegen die NPD am 1. Mai ihre Privilegien als Abgeordnete missbraucht haben. Es ist zwar richtig und ehrenwert, gegen abstruse und menschenverachtende Meinungen an Gegendemonstrationen teilzunehmen. Die Abgeordneten haben aber ihre Stellung als Abgeordnete genutzt, um sich ungehindert in die Sicherheitszone begeben, nur um dann dort eine PR-Aktion abzuhalten. Das ist falsch und unangemessen und auch unfair gegenüber den ganz normalen Gegendemonstranten, die an den Barrieren ausharren mussten.



In der Debatte zum 1. Mai hat die FDP-Fraktion auch wieder die unklare Haltung von Linken und Grünen zur linken Gewalt angesprochen. Während die Fraktionsvorsitzenden Erklärungen gegen Gewalt unterschreiben, outen sich z.B. einzelne Abgeordnete der Grünen als Freunde gewaltbereiter Organisationen auf Facebook. Es scheint also fraglich, ob alle Mitglieder der Fraktionen von Grünen und Linken bereit sind, sich von Gewalt explizit zu distanzieren.

Die FDP-Fraktion hat einen Gesetzentwurf zum Wahlrecht eingebracht, der – entsprechend der Beschlusslage der Berliner FDP – Kumulieren und Panaschieren, und damit den Einfluss der Wähler auf die Listenreihenfolge von Kandidaten ermöglichen würde. Wir haben damit bisher als einzige das Anliegen der Initiative „pro Demokratie“ auch parlamentarisch unterstützt.

Mein Thema Green IT wird derzeit wieder aktuell. Obwohl das IT-Dienstleistungszentrum des Landes viele Vorschläge schon umsetzt und Lösungen anbietet, scheinen offensichtlich einige Senats- und Bezirksverwaltungen sich mit dem Thema noch gar nicht beschäftigt zu haben. So werden Kosten erzeugt und Energie verschwendet. Ich werde deshalb detaillierter bei weiteren Verwaltungen nachhaken, was umgesetzt wurde und was geplant ist.

---

*Henner Schmidt MdB (OV Gendarmenmarkt),  
Stellv. Vorsitzender des BV Mitte und Beisitzer  
im Landesvorstand der FDP Berlin*

## Aus der Landespartei

# Wissen, was wir wollen

von *Tim Stuchtey*

Wir Liberalen werden gelegentlich vom Bürger nicht geliebt, aber unsere Argumente und Forderungen finden letztlich doch viele Menschen überzeugend. Daher ist es für die FDP wichtiger als für andere Parteien, dass wir ein durchdachtes und überzeugendes Wahlprogramm präsentieren können. Damit wir dies zum Wahlkampf im Sommer und Herbst 2011 zur Verfügung haben, müssen wir langsam beginnen, die vielen Anträge und Ideen der letzten Jahre in ein in sich geschlossenes Gesamtwerk zu überführen.



Der Landesvorstand hat daher in seiner letzten Sitzung eine Programmkommission gebildet, der den Prozess koordinieren und begleiten soll, der mit der Verabschiedung des Wahlprogramms im Frühjahr 2011 enden wird. Daneben wurden insgesamt vier Arbeitsgruppen eingesetzt, die zu den verschiedenen Themengruppen, die FDP-Positionen zusammentragen und zueinander ins Verhältnis setzen werden. So wurden AGs zu den Themen (a) Bildung und Kultur, (b) Wirtschaft und Finanzen, (c) Innen und Recht und (d) Soziales, Familie und Gesundheit gebildet, wobei zahlreiche Politikfelder unter diesen Begriffen subsummiert werden. Zahlreiche Mitglieder aus unserem Bezirk sind in diese AGs eingebunden und die ersten beiden werden durch Vertreter unseres Bezirks auch geleitet, so dass sich Mitte früh an der Diskussion über unser Programm beteiligen wird können. Ein erster durchgeschriebener Entwurf soll bereits Anfang des kommenden Jahres vorliegen, um den Gliederungen ausreichend Zeit für die Diskussion bis zum Parteitag zu lassen.

Neben der Organisation der Programmarbeit stand die Nachbereitung des Bundesparteitags auf der Agenda. Und ein letztes Mal in seiner Funktion als kooptiertes Mitglied nahm Hellmut Königshaus am Landesvorstand teil. Als Justitiar und später als Abgeordneter hat er die Arbeit des Vorstands auf unterschiedliche Art geprägt. Lieber Hellmut Königshaus, ein Trost ist mir höchstens, dass sich die Sitzungsdiskussionen vielleicht verkürzen ;-)

---

*Dr. Tim Stuchtey (OV Tiergarten) ist Beisitzer  
im Landesvorstand der FDP Berlin*



## Berichte aus Mitte

# Dramatische Situation der Fritzlar-Homberg-Schule

*Peter Pawlowski für die BVV-Fraktion*

Die Fraktionen der FDP, der Grünen und der SPD haben in die letzte BVV einen gemeinsamen Antrag zur Sanierung der Fritzlar-Homberg-Grundschule in der Lützowstr. eingebracht. Ziel des Antrages ist, die seit vielen Jahren bestehenden baulichen und hygienischen Missstände, welche Gefährdungen und Gesundheitsbeeinträchtigungen darstellen, sofort zu erfassen und umgehend zu beseitigen. „Dazu sollten die im Bezirkshaushalt eingestellten Gelder zur Havarieabseitung herangezogen werden, da diese Gelder nicht der vorläufigen Haushaltswirtschaft unterliegen“. Der Antrag wurde beschlossen und es bleibt zu hoffen, dass die geforderten Maßnahmen eingeleitet werden.

So weit, so gut. Doch die Debatte um die Situation der Schule, die zusammen mit der Grips-Grundschule fusionieren soll, hat erneut mit aller Deutlichkeit den Dilettantismus des Bezirksamtes (unter der SPD-Regie) im Umgang mit den Schulen gezeigt. Es ist nicht lange her (November 2009) als Peter Lundkowski für die Verschiebung des Umzugs der Grips-Grundschule im Hauptausschuss und in der BVV gekämpft hat. Damals ohne Erfolg. Allen Mahnungen der FDP-Fraktion zum Trotz hat die BVV den Antrag der FDP abgelehnt.

Dabei war es schon damals klar, dass der Umzug der Grips-Grundschule hastig und unprofessionell vorbereitet war. Nun stellt sich heraus, dass sowohl das „aufnehmende“ Gebäude der Fritzlar-Homberg-Grundschule sanierungsbedürftig als auch das ehemalige Gebäude der Grips-Grundschule für den Umzug der französischen Schule nicht geeignet ist. Leidtragende dieser Politik sind – wie immer- Schüler, Lehrer und Eltern. Hätte man sich mit dem Antrag der FDP ernsthafter auseinandergesetzt, wären den Kindern viel Ärger und dem Bezirk zusätzliche Ausgaben erspart geblieben.

## **Griechische Verhältnisse im Wohnungsbau**

Ja, es gibt sie noch! „Gutmenschen“, die günstige Wohnungen in gut sanierten Häusern, mitten in Berlin sichern wollen. Diese Gutmenschen gehören – wen wundert’s – selbstverständlich dem linken Lager der Nation. Nach Vorstellung der Linken, Grünen und der SPD sollten Häuser der Wohnungsbaugesellschaft Mitte mbH in der

Scharrenstraße 10 – 11 und Borsigstraße 32 u. 33 „sozialverträglich“ saniert werden. Das bedeutet u.a. keine „Luxussanierung“ (was auch immer das bedeuten mag), energetische Modernisierung, Einsatz von Solartechnik- und das alles bei einer Bruttowarmmiete von nicht mehr als 8,00 € pro m<sup>2</sup>.

Offensichtlich haben die Gutmenschen in der BVV Ruinenlandschaften der kommunistischen Misswirtschaft des SED-Regimes gänzlich vergessen. Es war ja schließlich die gleiche Politik der Einfrierung von Mieten, die jegliche Investitionen im Wohnungsbau unbezahlbar – und im Endergebnis – unrealisierbar machte. Ähnliches erleben wir jetzt in Berlin. Im Wohnungsbau zeichnet sich bereits seit Jahren ein enormer Investitionsstau. Maßnahmen, die den Wohnungsbau unrentabel machen, werden letzten Endes in wenigen Jahren zur Wohnungsknappheit führen.

Wer den sozial schwachen Mietern helfen will, soll von Milton Friedman lernen. Der Nobelpreisträger für Wirtschaftswissenschaften hat bereits vor Jahren den öffentlichen Wohnungsbau in den USA kritisiert und nachgewiesen, dass individuelle Förderung von Sozialschwachen mehr bringt als Finanzierung von Häusern. Gerechtigkeitsweise muss man erwähnen, dass im Gegensatz zu ihren Vorgängern in der DDR, die linken Bezirksverordneten durchaus erkannt haben, dass ihre Vorschläge viel Geld kosten. Der Finanzierungsmethode bleibt allerdings durch und durch sozialistisch- wie in Griechenland – zahlen sollen die anderen. In unserem Fall das Land, der Bund und die EU. Wir sind begeistert!

Wir sind ansprechbar über das

Fraktionsbüro der FDP in der BVV Mitte, Neues Stadthaus, Raum 230, Parochialstr. 1–3, 10179 Berlin, Tel. 9018 24 365, Fax 9018 24 363

Öffnungszeiten: Montag 12:00 bis 20:00, Dienstag 10:00 bis 16:00, Donnerstag 12:00 bis 18:00

[www.fdp-fraktion-mitte.de](http://www.fdp-fraktion-mitte.de)

## **Mehr Demokratie wagen**

*Katharina Peter vom Bezirksausschuss*

Obwohl die Aschewolke unseren Sprecher Kurt Lehner auf den Kanaren festhielt, traten die Delegierten am 19. April 2010 zum turnusgemäßen Bezirksausschuss im Rathaus Tiergarten unter Leitung der stellvertretenden Sprecherinnen zusammen.



Neben den Berichten aus dem AGH, der BVV, dem Bezirksvorstand und den JuLis stand vor allem die Beratung von zwei Anträgen auf der Tagesordnung. Der Antrag unserer Bezirksvorsitzenden Dr. Maren Jasper-Winter Verbindliche Bürgerentscheide auf Bezirksebene“ wurde ausführlich beraten und schließlich von den Delegierten verabschiedet. Die FDP Berlin-Mitte unterstützt damit das Anliegen des Vereins Mehr Demokratie, Bürgerentscheide auf Bezirksebene verbindlich zu machen. Damit hat sich der Bezirk klar dafür ausgesprochen, dass die Entscheidung über Angelegenheiten im Wirkungskreis der Bezirke bei den Bürgern Berlins liegen soll. Auf Antrag des OV Wedding wird zudem die Aktualität zur Weiterbildungsverordnung der Ärztekammer Berlin in der AGH-Fraktion geprüft, wozu sich Henner Schmidt gerne bereit erklärte.

## Fachkompetenz

### *Anno Blissenbach v. OV Hackescher Markt*

Zur turnusmäßigen Mitgliederversammlung hatte der Ortsverband Hackescher Markt Anfang Mai keinen Geringeren als Dr. Tim Stuchtey, langjähriges FDP-Landesvorstandsmitglied aus dem Bezirksverband Mitte, eingeladen. Von einem längeren USA-Aufenthalt zurückgekehrt (wegen dem er dieses Engagement nicht hatte weiterführen können) kandidierte er beim Landesparteitag von März 2010 erneut und konnte sich – mit Unterstützung aus dem OV Hackescher Markt – bereits im ersten Wahlgang mit absoluter Mehrheit gegen zwei weitere Kandidaten durchsetzen. Den zahlreichen interessierten Mitgliedern und Gästen berichtete er von der aktuellen Arbeit des FDP-Landesvorstands, insbesondere den Vorbereitungen zum Wahlprogramm für die Abgeordnetenhauswahl 2011, bei dem ihm die Koordinator-Verantwortung für die Bereiche Wissenschaft/Forschung, Bildung sowie Kultur zukommt. In Hinblick auf die angestrebte Regierungsbeteiligung der FDP Berlin ab 2011 legte Dr. Stuchtey detailliert die Leitlinien seiner Wissenschaftspolitik dar. Beginnend von konkreten Lösungsmodellen für die Universitäten bezüglich der G-12 Doppeljahrgangsproblematik, über Themen wie Hochschulrahmengesetz (von Rot-Rot sträflich vernachlässigt) und Hochschul-Autonomie bis hin zur Vernetzung von Forschung/Lehre mit dem Wirtschaftsstandort Berlin reichte die breite Themenpalette. Sowohl die höchst professionelle Fachkompetenz der Ausführungen als auch die

Attitüde der Präsentation ließ beim Auditorium nicht nur den Wunsch sondern fast die Gewissheit entstehen, es habe der künftige Wissenschafts-Senator gesprochen.

Wenige Tage später lud der OV zu seinem „Liberalen Clubabend“ zum zweiten Mal in den „Billard Salon“ in der Sophien-Straße, wiederum versenkten Parteifreundinnen und Parteifreunde, Interessentinnen und Interessenten in herzlicher Geselligkeit die Kugeln.

## Aschewolke und andere Herausforderungen

### *Frauke Sander vom OV Oranienburger Tor*

Nachdem uns im vergangenen Monat Björn Jotzo, MdA einen eindrucksvollen Einblick in den Berliner Haushalt gegeben hat, freuten wir uns in diesem Monat über den Besuch des neuen stellvertretenden Fraktionsvorsitzender der FDP-Bundestagsfraktion, Patrick Döring, MdB, der zudem verkehrspolitischer Sprecher der Fraktion ist. Neben verkehrspolitischen Themen wie Lärmschutz, der Finanzierung von Straße, Schiene und Wasserfahrtswegen war zunächst die aktuelle finanzpolitische Lage rund um den Gesetzentwurf zur Euro-Stabilisierung, den die FDP-Bundestagsfraktion formal beschlossen hat Kernthema. Eine Regulierung sei sinnvoll, bringe jedoch nichts, wenn es nicht im europäischen Kontext entstehe. Ungeachtet der derzeitigen Krise müsse die FDP die Entlastung der Mittelschicht weiterführen, die Finanzlage sei hierzu zwar schwierig, die Aufgabe sei nun, durch intelligentes Sparen eine Strukturveränderung herbeizuführen.

## Klausur in Breslau geplant

### *Katja v. Maur vom OV Tiergarten*

Zum unserem monatlichen Brunch am letzten Sonntag im April hatte unser OV ausnahmsweise keine Gast geladen, sondern beschäftigte sich – wie auch bei der monatlichen offenen Vorstandssitzung im Mai – mit der weiteren Themen- und Terminplanung für 2010. Highlight wird die Wiederaufnahme unserer jährlichen Klausurtagung in Osteuropa sein, geplant ist September in Breslau.

## Personalien

(au) In Vorbereitung auf die Berlinwahl 2011 hat der Vorstand der Berliner FDP eine siebenköpfige Kommission zur Entwicklung unseres Wahlprogrammes eingesetzt, geleitet von unserem Stellv. Landevorsitzenden und Mitglied des Bundesvorstandes **Alexander Pokorny**



(Foto, Charlottenburg-Wilmersdorf). Der Kommission gehören ferner neben dem Vorsitzenden des Landesverbandes und unserer AGH-Fraktion, **Christoph Meyer** MdA (Charlottenburg-Wilmersdorf), der Landesvorsitzende der Jungen Liberalen, **David Issmer** (Gendarmenmarkt), und die Leiter der vier Arbeitsgruppen an. Landesvorstandsmitglied **Tim Stuchtey** (Tiergarten) leitet die AG Bildung und Kultur mit frühkindliche Bildung, Kita, Schule, Hochschule, berufliche Bildung, Wissenschaft, Forschung, Kultur, Medien, Sport; unser Stellv. Bezirksvorsitzender und Landesvorstandsmitglied **Henner Schmidt** MdA (Gendarmenmarkt) leitet die AG Wirtschaft und Finanzen mit Wirtschaft, Haushalt, Arbeit, Verkehr, Umwelt, Energie, Stadtentwicklung, Bau, Wohnen; der Stellv. Landevorsitzende **Sebastian Kluckert** MdA (Neukölln) leitet die AG Innen und Recht mit Recht, Inneres, Datenschutz, Verwaltungsreform; Landesvorstandsmitglied **Paul Fresdorf** (Spandau) leitet die AG Soziales, Familie und Gesundheit mit Soziales, Familie, Jugend, Senioren, Gesundheit, Verbraucherschutz, Behinderte, Integration.

(au) Auf seiner Jahreshauptversammlung wählte sich der Landesausschuss der Berliner FDP turnusgemäß ein neues Sprechergremium. Alter und neuer LA-Sprecher ist **Volker Thiel** MdA (Treptow-Köpenick), zu einer seiner Stellvertreter wählten die Delegierten die Vorsitzende des OV Wedding, **Bettina v. Seyfried**.

(au) **Björn Jotzo** MdA aus Charlottenburg-Wilmersdorf wurde von der FDP-Fraktion im Berliner Abgeordnetenhaus zu ihrem parlamentarischen Geschäftsführer bestimmt. Die Ernennung wurde erforderlich, da der bisherige Geschäftsführer der Fraktion, **Jan Gerd Becker-Schwering**, sich anderen Herausforderungen im Leben widmen will.

(au) **Eyjafjallajökull**, Vulkan auf Island, versuchte vergeblich, die politische Arbeit der Liberalen in Berlin-Mitte zu sabotieren. Nachdem sich Bezirksausschuss-Sprecher **Kurt M. Lehner** (Tiergarten) auf Grund des Vulkanasche-Flugverbotes zu einer unplanmäßigen Verlängerung seines Lanzarote-Aufenthaltes gezwungen sah,

übernahm Stellvertreterin **Katharina Peter** (Hackescher Markt) souverän die Leitung der BA-Sitzung. Den Mitte-Liberalen wohlwollender gesonnen sind die Vulkane im ebenfalls geologisch aktiven Japan, die unserer Bezirksvorsitzenden **Maren Jasper-Winter** (OT) bei der Rückkehr von ihrer Hochzeitsreise keinerlei Schwierigkeiten bereiteten.

(au) Mit der Gefährdung des Weltfriedens durch narzisstische Identifikation mit dem Islam beschäftigten sich zwei Vorfeldorganisationen. Die Berliner Sektion der DGLI hatte durch ihren Vorsitzenden **Mirko Dragowski** MdA (Tempelhof-Schöneberg) zu „Iran und die grüne Bewegung – neue Perspektiven für den Nahen Osten?“ geladen, Sektionsvize **Nils Augustin** (Hackescher Markt) konnte nach den vorzüglichen Referaten unserer deutsch-iranischen Publizistin **Saba Farzan** (Wedding) und des Nahost-Experten **Emanuele Ottolenghi**, Senior Fellow der Foundation for Defense of Democracies, eine spannende Diskussion leiten. Der BV Mitte der Jungen Liberalen lud mit seinem Vorsitzenden **Justus Leonhardt** (OT) zu einer ganztägigen Tagung „Islamismus und seine Kontexte“ unter Schirmherrschaft von **Mieke Senftleben** MdA (Reinickendorf). Dabei referierten neben Leonhardt selbst **Harald Teßmer** von der Uni Hamburg, der Journalist **Ramon Schack**, Extremismus-Forscherin **Astrid Böttcher** (Hackescher Markt) von der Privatuni Witten/Herdecke, ferner **Olaf Farschid** von dem Berliner Landesamt für Verfassungsschutz, **Christian Endreß**, Uni Witten/Herdecke, und last not least **Alexander Ritzmann** (Charlottenburg-Wilmersdorf), Politischer Analyst und Senior Fellow bei der European Foundation for Democracy.

(au) Auf dem Bundesparteitag der FDP in Köln wurde **Christian Lindner** – mit dem besten Ergebnis aller Zeiten – in das Amt des Generalsekretärs gewählt, welches er zuvor nur kommissarisch inne hatte. Auch Bundesgeschäftsführerin **Gabriele Renatus** stieg vom kommissarischen zum regulären Amtsinhaberstatus auf.

(au) Engagement gegen die Verfolgung von Homosexuellen in Uganda zeigt **Alexandra Thein** MdEP (Steglitz-Zehlendorf). Die erste Berliner Liberale im Europaparlament brachte nicht nur in Straßburg die Resolution zur Verurteilung des evangelikal inspirierten Todesstrafen-Gesetzes in dem ostafrikanischen Land mit ein – nach ihrer Rede auf der Maneo-Demonstration vor der ugandischen Botschaft in Berlin beteiligte sie sich auch unter dem Motto „Protect every Kiss“ mit RBB-Reporterin **Janine Wagner** am nachfolgenden „Kiss-In“.

## Leserbriefe

### *Sebastian Ablefeld (LiSL)*

In diesem Jahr findet vom 12.06 bis 13.06.2010 das 18. Schwule und Lesbische Straßenfest in Berlin/ Schöneberg statt. Der Arbeitskreis Liberale Schwule und Lesben werden in Zusammenarbeit mit den JuLis einen repräsentativen Präsentationsstand betreuen. Das Straßenfest rund um die Motzstraße hat jährlich bis zu über 3000 Besucher aus ganz Deutschland. Die dort anwesende Wählergruppe sollte man nicht unterschätzen, insbesondere die homosexuelle Szene in Berlin ist sehr politisch interessiert und aktiv. An diesem Wochenende stellen sich nicht nur viele Organisationen und Vereine vor, sondern es geben sich alle parlamentarischen Parteien die Klinke in die Hand. Um für unsere liberalen Vorstellungen gegen Homophobie und der Gleichstellung der „homo“- Ehe werben zu können benötigen wir tatkräftige Unterstützung. Dabei freuen wir uns, dass einige Abgeordnete des Deutschen Bundestages und des Berliner Senates ihr Kommen zugesagt haben. Um mit vielen ins Gespräch zu kommen, lade ich Jeden herzlich ein, an diesem Wochenende zum 18. Straßenfest an den Stand der FDP zu kommen. Erfahren Sie dort, mehr über die Arbeit des „Arbeitskreis Liberale Schwule und Lesben“ und helfen sie mit, dass unsere Welt gerechter und liberaler wird.

Wir freuen uns über Post.  
Bitte senden Sie Ihren Leserbrief an  
[redaktion@liberal-central.de](mailto:redaktion@liberal-central.de)  
Wir behalten uns vor, Leserbriefe nicht zu veröffentlichen oder zu kürzen.

## Schlusswort

### **Dividendensaison in der Kritik**

*von Claudia Bandow*

Rund 20 Milliarden Euro werden von den 30 größten deutschen börsennotierten Unternehmen aus dem DAX an die Aktionäre ausgeschüttet und somit das Dividententhema mal wieder in die breite Öffentlichkeit rücken. Denn, wie es scheint, wird die Dividendenpolitik der Großkonzerne mehr und mehr zum Politikum, mindestens aber Gegenstand von merkwürdigen Diskussionen und Kommentaren. Immer häufiger wird das Thema von den Massenmedien aufgegriffen, die sich kritisch mit dem Geldstrom auseinandersetzen, besonders, ob es denn rechtens sei, einen solchen Geldstrom an die Aktionäre auszuschütten, wo es sich beim Jahr 2009 um ein besonders Schlechtes gehandelt hat.

Besonderes Augenmerk liegt hier mal wieder auf der Deutschen Telekom, die mit einer Dividendenrendite von 8% glänzt, zumal hier wirklich eine echte Diskrepanz zwischen Ausschüttung und erwirtschaftetem Gewinn liegt. Leider werden bei den kritischen Kommentaren die Langfristentwicklungen der Unternehmen völlig außer Acht gelassen. Einige Unternehmen haben ihre Dividenden vergleichsweise stabil gehalten und in Boomzeiten auch nur maßvoll erhöht und auch einige Institute, wie z.B. die Deutsche Bank oder Daimler haben massiv gekürzt oder auch die Dividende ausgesetzt.

Diese Entwicklungen sind also durchaus begrüßenswert und angemessen zu bewerten.



## Termine

### **Mai 2010**

- 26.05 20.00h OV Gendarmenmarkt: **Liberaler Stammtisch** – Info [www.fdp-gendarmenmarkt.de](http://www.fdp-gendarmenmarkt.de)
- 27.05 18.00h FNF: **Podiumsdiskussion** „Auf Wiedersehen, Nizza! Willkommen, Lissabon! Die Europäische Union auf dem Weg zu mehr Demokratie?“ – mit Bernd Hüttemann, Alexandra Thein MdEP, Peter Altmaier MdB, Mirko Dragowski MdA, Prof. Dr. In-golf Pernice – in der Hessischen Landesvertretung (In den Ministergärten 5)
- 30.05 11.30h OV Tiergarten: **Politischer Brunch** (das Original) – im Walhalla (Krefelder Str. 6)
- 31.05 19.00h FNF: **Diskussionsveranstaltung** „Urheberrechte in der digitalen Welt“ – mit Stephan Thomae MdB u.a. – im Deutschen Patent- und Markenamt, Technisches Informationszentrum Berlin, Halle West (Gitschiner Str. 97)

### **Juni 2010**

- 01.06 19.30h LV Berlin: **Landesausschuss** im Neuen Stadthaus (Parochialstr. 1), Otto-Suhr-Saal
- 01.06 20.00h OV Hackescher Markt & LFA Innen und Recht: **Informations- und Diskussionsveranstaltung** – mit StS Dr. Birgit Grundmann – Thema: „Die rechtspolitischen Agenda des Bundesministeriums der Justiz“ – im Simon (Auguststr. 53)
- 01.06 20.00h JuLis Mitte: **Mitglieder- u. Interessententreffen** im Café Ré (Märkisches Ufer 22)
- 04.06 17.30h JuLis Berlin: **Neumitgliederseminar** – und Informationsgespräch mit Christoph Meyer MdA – im Abgeordnetenhaus von Berlin (Niederkirchnerstr. 5)
- 05.06 10.00h JuLis Berlin: **Landeskongress** – im Rathaus Tiergarten (Mathilde-Jacob-Platz 1)
- 07.06 20.00h OV Hackescher Markt: **Mitgliederversammlung** – mit Lars Lindemann MdB – Thema: Gesundheitspolitik – im Simon (Auguststr. 53)
- 08.06 20.00h OV Gendarmenmarkt: **Mitgliederversammlung** im Amici (Markgrafenstr./Jägerstr)
- 09.06 19.30h OV Tiergarten: **Vorstand** im Rathaus Tiergarten (Mathilde-Jacob-Platz 1), Raum 505
- 09.06 20.00h Liberale Frauen Berlin: **Treffen „femmes libérales“** im Simon (Auguststr. 53)
- 12./13.06. JuLis Berlin & LAK Liberale Schwule und Lesben: **Infostand** auf dem Motzstraßenfest – Info unter [www.regenbogenfonds.de](http://www.regenbogenfonds.de)
- 19.06 12.30h JuLis Berlin: **Umzugswagen** auf der Christopher Street Day Parade – Joachimsthaler Str. Ecke Kurfürstendamm – Info und Anmeldung [katrinwollschlaeger@web.de](mailto:katrinwollschlaeger@web.de), [lukas.karnasch@julis-berlin.de](mailto:lukas.karnasch@julis-berlin.de)
- 27.06 11.30h OV Tiergarten: **Politischer Brunch** (das Original) – im Walhalla (Krefelder Str. 6)
- 30.06 20.00h OV Gendarmenmarkt: **Liberaler Stammtisch** – Info [www.fdp-gendarmenmarkt.de](http://www.fdp-gendarmenmarkt.de)

**Termine im Bezirk werden laufend aktualisiert unter [www.fdp-mitte.de](http://www.fdp-mitte.de)**

Alle Veranstaltungen und Sitzungen sind, soweit hier genannt, öffentlich.

Liberal Central erscheint monatlich außer August. Redaktionsschluss ist der erste Tag jedes Monats. LC wird um den fünften Tag des Monats als Datei auf der Webseite [www.liberal-central.de](http://www.liberal-central.de) eingestellt und als e-mail versendet. Print-Ausgaben werden um den zehnten Tag des Monats verschickt.

Weitere Hinweise, alle früheren Ausgaben und mehr finden Sie unter [www.liberal-central.de](http://www.liberal-central.de).

Den Chefredakteur und alle OV-Redakteure erreichen Sie unter [redaktion@liberal-central.de](mailto:redaktion@liberal-central.de).